



FWG



Vereinbarung zwischen den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG im Kreistag Alzey-Worms für die Wahlperiode 2019 bis 2024

Familienfreundlich, nachhaltig, sozial und wirtschaftlich stark Unser Zukunftsprogramm für den Landkreis Alzey-Worms

Durch das Ergebnis der Wahlen zum Kreistag Alzey-Worms am 26. Mai 2019 wurde die Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG bestätigt. Dies ist für uns Basis und Auftrag, die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung des Landkreises und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger fortzusetzen. Die Koalitionspartner arbeiten auf Augenhöhe miteinander.

Dabei wollen wir das gute Miteinander mit allen Gebietskörperschaften, den Institutionen und Organisationen, den Akteuren der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft weiter pflegen und ausweiten. Transparenz, Information und Bürgerbeteiligung haben hierbei für uns einen hohen Stellenwert.

Die Vertragspartner sichern sich eine vertrauensvolle, sachliche und faire Kooperation in allen wichtigen Fragen zu; hierzu finden entsprechende Erörterungen und Abstimmungen in erforderlicher Regelmäßigkeit statt.

I. Personal, Grundsätzliches

- Die drei Beigeordneten des Landkreises werden ehrenamtlich bestellt.
- Die SPD stellt den allgemeinen Vertreter des Landrates.
- Bündnis 90/Die Grünen und FWG stellen je einen weiteren Beigeordneten.
- Die weiteren Beigeordneten erhalten je einen Geschäftsbereich.

Die Koalitionsfraktionen bilden einen Koalitionsausschuss, der aus je zwei Mitgliedern der Fraktionen, dem Landrat und den Beigeordneten besteht.

Änderung der Hauptsatzung

Es soll ein neuer „Ausschuss für Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz“ eingerichtet werden.

Den Themenbereichen Inklusion, Demografie und Integration wollen wir uns verstärkt annehmen. Der Sozialausschuss soll aufgewertet und in „Ausschuss für Soziales, Inklusion, Demografie und Integration“ umbenannt werden. Der Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen soll in der Wahlperiode neu strukturiert werden.

Die Bereiche Landwirtschaft und Weinbau sollen dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zugeordnet werden. Dieser soll die Bezeichnung „Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau“ erhalten.

Der Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie“ soll die Bezeichnung „Ausschuss für Bauen und Gebäudemanagement“ erhalten.

II. Sachthemen

Bildung und Betreuung

Gute Bedingungen in Schulen und Kindertagesstätten bleiben auf der Prioritätenliste ganz oben. Neben einem guten baulichen Zustand soll auch die Ausstattung der kreiseigenen Schulen auf dem aktuellen Stand bleiben. In Zukunft gilt es, die neuen Herausforderungen der Digitalisierung weiter anzugehen. Für die technische Unterstützung der Schulen wollen wir eine gemeinsame „IT-Zentralstelle“ möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Schulträgern schaffen.

Im Bereich Bildungsmanagement und -monitoring sollen durch die Bestandsaufnahme und Erarbeitung von Defiziten der Übergang von Schule zu Beruf und die Förderung von leistungsschwachen Jugendlichen verbessert werden. Sich daraus entwickelnde Kooperationen und Förderprojekte mit den Kommunen, mit dem Handwerk und der Industrie werden unterstützt, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen gute Voraussetzungen für die Erreichung eines Schul- und eines Berufsabschlusses zu ermöglichen.

Der Landkreis hat bereits ein gutes Angebot an Ganztagschulen. Wir wollen Ganztagsbetreuungsangebote weiter ausbauen und gesundes Essen in den Schulmensen fördern.

Die Schulsozialarbeit soll nach Feststellung des Bedarfs weiter ausgeweitet werden.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns sehr wichtig. Aufgrund dessen, aber auch in Anbetracht von Zuzug und erfreulicherweise mehr Geburten, erfordert die größere Nachfrage weitere Kitaplätze im Kreis und verbesserte Personalschlüssel.

Die Jugendhilfeplanung muss in enger Abstimmung mit den Kita-Trägern und den kommunalen Planungen erfolgen, um den Bedarf frühzeitig zu erkennen und die Umsetzung zu beschleunigen.

Dabei fordern wir gegenüber Bund und Land das Prinzip der Konnexität (Ausgabenlast folgt der Aufgabenlast) ein.

Aber nicht nur die Plätze sind wichtig, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher. Der Landkreis hat hier bereits in der Vergangenheit fast 50 zusätzliche Stellen über den Regelpersonalschlüssel hinaus finanziert. Diesen Weg der Unterstützung werden wir weitergehen.

Auch das Erfolgsmodell „Teilzeitausbildung“ soll weiter ausgebaut und die „Deckelung“ der Stellen aufgehoben werden.

Klima- und Umweltschutz

Der Landkreis Alzey-Worms soll dem Bereich Umwelt-, Klimaschutz und Energie in der neuen Wahlperiode noch mehr Gewicht und Aufmerksamkeit geben. Dies machen wir unter anderem durch die Einrichtung eines neuen Ausschusses deutlich.

Alle relevanten Investitionen sollen unter dem Gesichtspunkt der „GRÜNEN NULL“ geprüft und realisiert werden. Das Null-Emissions-Konzept soll Grundlage unserer zukünftigen Entscheidungen im Kreis sein, um klimaneutral zu werden.

Das Klimaschutzmanagement muss dauerhaft mit der Einrichtung einer Vollzeitstelle sichergestellt werden. Hierfür soll zeitnah eine Stabsstelle eingerichtet werden, da es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt.

Neben der Umsetzung und Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes soll die Öffentlichkeitsarbeit deutlich verstärkt und Förderanreize herausgestellt werden. Die energetische Sanierung von Schulen und Kreisgebäuden soll konsequent fortgesetzt werden. Es geht aber auch um Energieeffizienz in der Wärmeversorgung, um die Unterstützung der Nahwärmeversorgung, Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Photovoltaik.

Der Landkreis soll unterstützend tätig werden, um die E-Mobilität durch die Schaffung einer sinnvollen Ladesäuleninfrastruktur zu fördern sowie Speicherkapazitäten und Car-Sharing-Angebote in der Zusammenarbeit mit den Kommunen, Energieversorgern und möglichst vielen Beteiligten voran zu bringen.

Zur Beratung und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger soll ein Klimaschutzforum auf Kreisebene eingerichtet werden, um mit Veranstaltungen und Aktivitäten den Dialog mit Expertinnen und Experten zu fördern.

Wir streben eine personelle Verstärkung im Geschäftsbereich Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz an. Auch wollen wir Initiativen zur Förderung der Biodiversität im Landkreis finanziell unterstützen.

Bezahlbarer Wohnraum, Stadt- und Dorfentwicklung

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der großen aktuellen Herausforderungen. Durch ein „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ wollen wir gemeinsam mit den Kommunen, den Wohnungsbaugesellschaften und der Immobilienwirtschaft Wege finden, um Bauland zur Verfügung zu stellen, Kooperationen zu fördern und staatliche Fördergelder stärker zum Einsatz zu bringen. Auch die Unterstützung neuer Wohnformen, wie generationenübergreifendes Wohnen, „Senioren-WGs“, Wohnungsgenossenschaften etc., ist uns ein Anliegen.

Wir fordern vom Land eine Öffnungsklausel, damit der Landkreis die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstützen kann. Handlungsmöglichkeiten müssen unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

Die Absicht des Regionaltages Rheinhessen, die Zusammenarbeit beim Wohnungsbau innerhalb Rheinhessens verstärken zu wollen, unterstützen wir mit Nachdruck.

Der Landkreis soll die Städte und Gemeinden weiter darin unterstützen, attraktiv und vital zu bleiben. Der Kreistag soll über die Erstellung eines vom Land geförderten Kreisentwicklungskonzeptes beraten. Dazu gehört der „Zukunfts-Check Dorf“, um festzustellen, wo wir stehen und welche Handlungsbedarfe es gibt. Der Zukunfts-Check gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, Dorfentwicklung aktiv mitzugestalten und mit professioneller Unterstützung ihr Dorf in sozialen, infrastrukturellen und baulichen Belangen fit für die Zukunft zu machen.

Um Ansätze und Ideen für eine nachhaltige und soziale Siedlungsentwicklung zu entwickeln, setzen wir uns für ein entsprechendes Informationsangebot ein.

Infrastruktur und Verkehr

Beim Kreisstraßenunterhalt müssen wir die Sanierungs- und Ausbauvorhaben weiter konsequent fortsetzen. Das betrifft auch den Radwegebau.

Durch die Erstellung einer Radwegenetzkonzeption sollen die Planungen der unterschiedlichen Verkehrsträger besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden, um bestehende Lücken zu schließen und kreisübergreifende Anbindungen zu verbessern.

Der Busverkehr wird deutlich ausgeweitet und besser mit der Bahn vertaktet. Davon soll der gesamte Landkreis profitieren. Die Öffentlichkeitsarbeit soll intensiviert werden.

Wir begrüßen es, dass für den Verkehr der Zukunft ein Verkehrskonzept auf Rheinhessenebene erstellt wird. Busse, Bahnen, Individualverkehr, Car-Sharing-Modelle, Einsatz der Elektromobilität und Radverkehr gilt es noch besser zu vernetzen und zu verzahnen.

Wir wollen darauf hinwirken, dass die Tarifstruktur der Verkehrsverbände harmonisiert wird und das Fahrkartensystem künftig erleichtert und vereinheitlicht wird. Fahrkarten müssen einfach, schnell und digital zu lösen sein. Ziel muss es sein, die Arbeit der Verbände besser zu vernetzen.

Überlegungen seitens des Landes, ein Sozialticket bzw. 365 €-Ticket (Jahresticket für 1 € pro Tag) einzuführen, werden von uns ausdrücklich unterstützt. Eine Verbesserung der Tarife unterstützt die Mobilität für alle und schafft Anreize, den Individualverkehr zu reduzieren.

Auf der Bahnstrecke Kibo-Alzey-Mainz bleibt der zweigleisige Ausbau das klare Ziel. Da dies aber nur langfristig zu erreichen sein wird, sollen weitere Bahnhöfe schrittweise zweigleisig ausgebaut werden, um die Betriebsabläufe zu verbessern und Kapazitäten auszuweiten.

Der Landkreis soll sich weiter für die Inbetriebnahme der Zellertalbahn zur besseren Anbindung des südlichen Landkreises einsetzen.

Zur Infrastruktur gehört ein schnelles Internet mit einem leistungsfähigen Breitband- und Mobilfunknetz. Mit dem anstehenden Ausbauprogramm schließen wir die weißen Flecken für eine Grundversorgung. Wir wollen aber schon bald danach die Weichen für eine weitere Ausbaustufe im Gigabit-Zeitalter stellen. Der ländliche Raum darf gegenüber den Städten nicht benachteiligt werden. Das muss auch für den Mobilfunk so sein, für dessen Ausbau allerdings der Bund zuständig ist.

Jugend, Soziales und Integration

Der Landkreis soll sich auch in Zukunft als familienfreundlicher Kreis profilieren. Die Jugendpflege und die Förderung der Jugendverbandsarbeit werden trotz knapper Finanzmittel weiter auf hohem Niveau gewährleistet und nach Möglichkeit ausgebaut.

Im Bereich der Jugendhilfe wollen wir präventive Ansätze, wie z.B. familienpädagogische Hilfen, weiter fördern, um Heimunterbringungen möglichst zu vermeiden.

Wir wollen Jugendlichen mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen eröffnen. Neue Beteiligungsformen wollen wir gemeinsam mit den Betroffenen erarbeiten, beispielsweise in Form einer Jugendkonferenz oder ähnlichem.

Auf Kreisebene soll eine Info-Plattform eingerichtet werden, um die Ferienprogramme der verschiedenen Träger zusammen zu führen und kreisweit bekannt zu machen. Außerdem gilt es, die Ferienbetreuung auszuweiten.

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft für alle Menschen mit und ohne Behinderungen, jeder sozialen oder ethnischen Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion, Weltanschauung und Alters ein.

Der Landkreis bekennt sich wie bisher zur Integration von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten und fördert die Kooperation mit den Akteuren vor Ort.

Wir sorgen weiter für eine gute Pflegestruktur für pflegebedürftige Menschen. Ältere Menschen sollen solange in den eigenen vier Wänden bleiben können, wie es nur geht. Dafür gibt es ambulante Pflegeunterstützung, die mit Hilfe der Pflegestützpunkte gut funktioniert. Kurzzeit- und Tagespflegeangeboten sollen weiter ausgebaut werden. Der erfolgreiche Einsatz der „Gemeindeschwester plus“ soll dauerhaft und möglichst flächendeckend sichergestellt werden.

Abfallpolitik

In der Abfallpolitik setzen wir uns für eine neue Strategie zur Müllvermeidung und Müllreduzierung ein. Ob dies mit einem Ident-System umgesetzt werden kann, muss nach Vorlage des entsprechenden Gutachtens geprüft und offen diskutiert werden. Die Wertstoffhöfe des Landkreises sollen noch nutzerfreundlicher gestaltet werden. Wir unterstützen die Einrichtung von Wertstoffbörsen auf den Wertstoffhöfen.

Außerdem sollen Verbraucherinnen und Verbraucher durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Tipps und Anregungen zur Müllvermeidung erhalten. Öffentliche Einrichtungen sollen dabei Vorbilder sein.

Ehrenamt

Von enormer Bedeutung ist das Ehrenamt für uns. In der Kreisverwaltung soll eine Ansprechperson eingesetzt werden, die dem Ehrenamt mit Rat bei dringenden Fragen zur Verfügung steht.

Wir werden auch in Zukunft eine moderne und bedarfsgerechte Ausstattung der Feuerwehren und Rettungsdienste im Rahmen des überörtlichen Brand- und Katastrophenschutzes gewährleisten.

Auch die Arbeit der Kreisvolkshochschule und der Kreismusikschule ist für unsere Kultur und für das Ehrenamt unerlässlich. Hier darf es auch in Zukunft keine Abstriche geben, auch wenn es sich um „freiwillige Leistungen“ handelt.

Rheinhessen

Unsere Region hat sich bestens entwickelt. Viele erfolgreiche Kooperationen, wie im Tourismus, Standortmarketing oder in der Weinwerbung gibt es bereits. Im Ausbau der Zusammenarbeit liegt eine große Chance für alle Beteiligten.

Ob beim Wohnungsbau, in der gemeinsamen Abstimmung der Schulentwicklungsplanung, dem ÖPNV, der Verkehrskonzepte oder auch beim Glasfaserausbau: Wir sind offen für alle Möglichkeiten der kommunalen und interkommunalen Zusammenarbeit.

Im Tourismus bedarf es einer noch engeren Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften innerhalb Rheinhessens und auch innerhalb des Landkreises. Durch die Straffung der Strukturen sollen Synergieeffekte genutzt werden.

Das gilt auch für das Standortmarketing und das Ansiedlungsgeschäft zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Die Zusammenarbeit mit den Metropolregionen Rhein-Neckar und Rhein-Main soll intensiviert werden.

Finanzen

Die Fortführung der Konsolidierung der Kreisfinanzen unter Beachtung der Vorgaben des Kommunalen Entschuldungsfonds ist unser erklärtes Ziel.

Gleichzeitig wollen wir eine nachhaltige, aufgabengerechte und angemessene Finanzausstattung gegenüber Bund und Land einfordern.

Alzey, den 29. Juli 2019

Für die SPD-Fraktion:

Kathrin Anklam-Trapp, Vorsitzende

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Birgit Thörle, Vorsitzende

Für die FWG-Fraktion:

Ute Klenk-Kaufmann, Vorsitzende